

Irans seltene Chance zur inneren Neuvermessung: Massenelend, Radikalisierung, Bürgerkrieg oder Stabilität und Wohlstand – welche Perspektiven wird die iranische Nachkriegsgesellschaft haben?

Der Waffenstillstand zwischen dem Iran auf der einen und Israel sowie den USA auf der anderen Seite beendet vorerst eine Phase der Überlagerung geopolitischer Eskalation und gesellschaftlicher Zerreißproben. Seine eigentliche Bedeutung liegt nicht in der militärischen Pause, sondern in dem politischen Möglichkeitsraum, den sie eröffnet. Kaum je seit der Revolution von 1979 stand die Islamische Republik vor einer vergleichbaren Konstellation: äußerer Druck, innere Erschöpfung – und zugleich eine unerwartete innenpolitische Konsolidierung gepaart mit außenpolitischer Bedeutungsaufwertung aufgrund der militärischen Patt-Situation und der Realisierung einer Kontrolle über die Meeresstraße von Hormus. Folgenreicher dürften sogar die Veränderungen einer Gesellschaft sein, die über Jahrzehnte gelernt hat, Hoffnung und Enttäuschung gleichzeitig zu tragen.

Welche möglichen Optionen bieten sich für die Fortentwicklung der iranischen Gesellschaft? Denn Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten entmutigt das Land verlassen und sich in Kanada, den USA oder europäischen Ländern neue Existenzen aufgebaut. Eingewanderte aus dem Iran gehören in all diesen Ländern zu denjenigen Gruppen mit den besten Erfolgsaussichten. Viele andere blieben jedoch im eigenen Land und zeigten ermutigende Innovativität trotz schwieriger Umstände im Aufbau von Unternehmen und sozialen Netzwerken. Heute finden sich im Iran moderne Unternehmen und Dienstleistungen. Technologien erneuerbarer Energien werden ebenso entwickelt wie große westliche Firmen wie Amazon oder Ebay längst ihre selbstgemachten iranischen Äquivalente gefunden haben. Die Menschen im Iran schufen eine diversifizierte Zivilgesellschaft, die nun nach Monaten von Aufstandsversuchen, Repression, Bombardierung und nationalistischer Mobilisierung in einen neuen, gefährlichen Zustand eingetreten ist. Der Nachkriegsirak wird, wenn die Waffen weiterhin schweigen, ein Land extremer psychischer, sozialer und politischer Erschöpfung sein. Darin liegt eine Unberechenbarkeit neuer Qualität, aber auch viel Potenzial.

Niederschlagung der Proteste im Januar

Schon vor dem Krieg war die Distanz zwischen Gesellschaft und politischer Herrschaft enorm. Über Jahrzehnte haben Iraner Präsidenten gewählt und auf Kurskorrekturen gehofft – und immer wieder erleben müssen, dass die entscheidenden Weichen anderswo gestellt wurden: in den Machtzentren des Systems, bei den Revolutionsgarden, im Sicherheitsapparat und im Büro des Obersten Führers. Auch hat der Westen in immer neuen Runden von Sanktionen gesellschaftliche Veränderungen torpediert. Bei Wahlkämpfen gehen im Iran Zehntausende auf die Straße, um für diese oder jene Seite zu demonstrieren. Politisch hat die permanente Ausnahmesituation eine Kultur des Misstrauens erzeugt, psychologisch eine kollektive Müdigkeit. Viele betrachten ihren Staat und den Westen längst nicht mehr durch die diskreditierte Linse

offizieller Bewertung, sondern durch die Erfahrung wiederholter enttäuschter Erwartungen. Das ist vielleicht die tiefste Struktur der iranischen Gegenwart: ein Land, in dem Wahllakte möglich sind, ohne dass daraus zuverlässig politische Wirksamkeit folgt; ein Land, dessen Politik Verhandlungen führt, ohne dass Sanktionen aufgehoben werden und sich das Leben der Menschen bessert – Sanktionen, aufgrund eines angeblichen Atomwaffenprogramms, für dessen Existenz seit Jahrzehnten keine belastbaren Beweise vorgelegt wurden. Dieses sollte durch den international vermittelten JCPOA-Vertrag eingehegt werden, der 2018 durch die USA einseitig aufgekündigt wurde. Im Juni 2025 folgte schließlich der israelisch-iranische Zwölf-Tage-Krieg, der mit der US-amerikanischen Aussage, das iranische Atomprogramm sei zerstört, beendet wurde.

Seit 2018 haben Sanktionen und Inflation das Land in eine schleichende soziale Krise geführt. Ersparnisse wurden aufgezehrt, Arbeitsplätze gingen verloren, ganze Branchen litten unter dem Mangel an Ersatzteilen, Rohstoffen, Medikamenten und Importgütern. Die wirtschaftliche Erosion traf nicht nur die urbanen Mittelschichten, sondern auch jene Gruppen, die traditionell als politisches Frühwarnsystem gelten: den Basarhandel. Als jene zu Beginn dieses Jahres auf die Straße gingen, war das weniger ein spontaner Protest als vielmehr ein strukturelles Signal.

Die rapide eskalierten Proteste im Januar 2026 hatten soziale und ökonomische Ursachen, wie es mittels der Sanktionen beabsichtigt wurde. Bemerkenswert war, dass zunächst Basarhändler demonstrierten, nicht nur die liberalen, städtischen Milieus. Ihnen folgten Teile jener kleinen Mittelschicht, die einst von der Verteilung der Öleinnahmen lebte und sich durch die galoppierende Inflation ökonomisch ruiniert sah. Es drohte der Verlust der sozialen Basis einer Regierung, die in der Islamischen Revolution von 1979 die Verbesserung der Lebensbedingungen – gerade der arbeitenden Schichten und kleinen Handelsfamilien – versprochen hatte. Die Proteste entwickelten eine Dynamik, die rasch über ökonomische Forderungen hinausging. In der folgenden Eskalation vermischten sich soziale Unzufriedenheit, politische Kritik und externe Einflussnahme. Berichte über ausländische Waffenlieferungen an Aufständische und den Einsatz von Kommunikationsinfrastruktur wie Starlink zu ihrer Koordinierung wurden im iranischen Diskurs zu einem zentralen Deutungsmuster. Die Regierung schob die eskalierende Militanz auf Gewalttäter, die vom Ausland aus mit Waffen versorgt und per Satellitenkommunikation gesteuert worden seien. In der Tat wurde Anfang Februar ein niederländischer Diplomat (genannt wird der Name André van Wiggen) am Imam-Khomeini-Flughafen Teheran mit drei im Iran verbotenen Starlink-Modems und sieben Telefonen aufgegriffen. Ob und in welchem Umfang solche Faktoren tatsächlich eine Rolle spielten, ist schwer zu verifizieren; entscheidend ist jedoch ihre diskursive Wirkung: Die Proteste wurden nicht mehr als rein innergesellschaftliches Phänomen, sondern als Teil einer geopolitischen Auseinandersetzung dargestellt. Das Ergebnis war eine Eskalation, die tausende Tote auf Seiten der Protestierenden und hunderte unter Sicherheitskräften forderte. Zurück blieb eine Gesellschaft, deren bereits vorhandenes Misstrauen, Angst und wachsende Polarisierung sich noch einmal gesteigert hatte und eine Regierung, die sich auf dem Tiefpunkt des internationalen Ansehens befand. In diesem Kontext der Opfer solcher niedergeschlagenen Proteste ist daran zu erinnern, dass eine Eskalation sozialer Unzufriedenheit als Ziel der Wirtschaftssanktionen von vornherein konkret in Kauf genommen worden war und dass US-Präsident Trump am 5. April gegenüber Fox News behauptet hatte, dass der CIA Waffen während der Demonstrationen an kurdische Freischärler verteilt habe, die historisch in Spannung zur Teheraner Zentralregierung stehen. Diese wiesen die Aussage zwar zurück, doch es bestehen Parallelen zum syrischen Bürgerkrieg.

Die iranische Regierung und ihr Rechts- und Sicherheitsapparat, die seit Jahren innen- und außenpolitisch in der Kritik stehen – aufgrund des Vorwurfs von Verhaftungen, Willkürurteilen, Übergriffen auf Frauen, Hinrichtungen von politischen Gegnern und Entführungen, der Unterstützung internationalen Terrorismus’ –

, wurde im Januar konfrontiert mit einer möglicherweise von außen inspirierten Verschärfung der politischen und sozialen Lage, die zudem angeblich mit Kommunikationsmitteln und Waffen ergänzt wurde. Im Gegenzug heuerte die Regierung offenbar Freischärler aus dem arabisch dominierten Südwesten oder irakischen Ausland an, die als Freikorps und Milizen gegen die Demonstrierenden vorgingen und angeblich auch noch vor Ort sind. Dies ist von außen nicht zu bestätigen oder zu widerlegen und vor allem nicht zu bagatellisieren, doch bedarf eine Analyse des nüchternen Blicks auf die Fakten. Im Westen wurde die Stimmung des Landes zuletzt auf die urbane, westlich hörbare Opposition reduziert. Der Iran ist jedoch eine vielschichtige Gesellschaft von mehr als 90 Millionen Menschen, nicht bloß die Stimme der Intelligenzija in Teheran. Selbst wenn bedeutende Teile der Gesellschaft einen Wandel wünschen, folgt daraus keineswegs, dass ein von außen erzwungener Regimewechsel allgemein als Befreiung erlebt würde. Bombardements aus der Luft erzeugen keine neue Ordnung; sie könnten vielmehr Bürgerkrieg, Zersplitterung und langanhaltende Gewalt hervorbringen – wie einst im Irak. Dass der Westen dies in Kauf nehmen würde, lässt sich an Libyen, Irak, Afghanistan und Syrien erkennen. Auch deshalb erzeugten sie eine unerwartete Reaktion der Solidarisierung breiter Teile der Bevölkerung mit der Regierung, gegen die wenige Wochen zuvor noch demonstriert und gekämpft worden war.

Ein historischer Exkurs ohne Gleichsetzung

Die Unerbittlichkeit der Regierung gegen Menschen, die sie kritisieren oder bekämpfen, ist seit langem bekannt und wird im Iran selbst kontrovers diskutiert. Die Ereignisse im Januar sowie die beiden Angriffskriege im Juni 2025 und Ende Februar 2026 während laufender diplomatischer Verhandlungen sowie die menschenverachtende Rhetorik US-amerikanischer und israelischer Spitzenpolitiker und die erfolgten Kollateralschäden (unter anderem auf die Grundschule von Minab mit 168 getöteten Kindern und Lehrkräften) sowie beabsichtigten Angriffe auf die zivile Infrastruktur haben einen bedeutenden Wandel in der öffentlichen Meinung verursacht. An diesem Punkt lohnt ein historischer Vergleich, nicht um Gleichheit zu behaupten, sondern um Strukturen verständlich zu machen. Die Demonstrationen des Herbstes 1989 in Leipzig und anderen Städten der DDR gelten heute als Paradebeispiel für gewaltfreien politischen Wandel. Doch man kann argumentieren, dass ihr Verlauf ein anderer gewesen wäre, wenn externe Akteure – etwa ausländische Geheimdienste – Waffen und moderne Kommunikation an Teile der Opposition oder angeworbene Akteure geliefert hätten, mit denen nachfolgend über 300 Volkspolizisten getötet oder verletzt worden wären. Dann wäre aus einer friedlichen Massenbewegung rasch eine bewaffnete Konfrontation mit einer hochnervösen politischen Führung geworden. Die Reaktion des Staates wäre entsprechend ausgefallen: Stasi, Betriebskampfgruppen und Grenztruppen hätten die Proteste vermutlich niedergeschlagen, begleitet von Kommunikationssperren und massiver Repression. Als Ultima Ratio wäre möglicherweise auf das Wachregiment Feliks Dzierzynski und herangeführte Securitate-Einheiten des rumänischen Bruderdienstes zurückgegriffen worden (Gorbatschow hatte die Rote Armee zurückgehalten). Der Vergleich verdeutlicht, wie verwundbar anwachsende Protestkulturen auf Militarisierung reagieren – und wie schnell sie ihre politische Qualität verlieren können. Er rechtfertigt keinen Übergriff und keinen Anschlag auf Leben und Gesundheit von Demonstranten oder Regierungseinheiten.

Die iranische Zivilgesellschaft während des Krieges seit dem 28. Februar

Im Iran führte die Eskalation der Unruhen zu einer Vertiefung der bereits seit Jahren bestehenden

gesellschaftlichen Spaltung. Wenige Wochen nach den Ausschreitungen setzte am 28. Februar der militärische Angriff Israels und der USA ein. Ausgerechnet dieser wirkte wie ein Katalysator für die innere Reorganisation. Selbst viele regierungskritische Gruppen waren nicht bereit, die Zerstörung ihres Landes hinzunehmen, zumal dies unprovokiert und abermals während laufender Verhandlungen erfolgte. Die USA, von vielen Menschen im Iran lange als Hoffnungsmacht verstanden und bevorzugtes Ausreiseziel, haben sich in den Augen auch iranischer Regierungskritik politisch erheblich diskreditiert. Infrastruktur, Lebensgrundlagen und persönliche Zukunftsperspektiven der Menschen im Iran standen auf dem Spiel. Der typische „Rally around the flag“-Effekt trat ein: Die Gesellschaft rückte zusammen, nicht aus ideologischer Überzeugung, sondern existenzieller Notwendigkeit. Die Unruhen des Januars traten in den Hintergrund, überlagert von der äußeren Bedrohung.

Diese Dynamik ist historisch nicht neu. Im Zweiten Weltkrieg verfolgten die Alliierten mit ihren Flächenbombardements gezielt die Strategie des „morale bombing“. Die Zerstörung deutscher Städte sollte die Zivilbevölkerung gegen das NS-Regime aufbringen und dessen Zusammenbruch beschleunigen. Das Gegenteil trat ein. Unter dem Eindruck totaler Zerstörung, massiver Verluste und existenzieller Bedrohung rückte ein großer Teil der Bevölkerung enger an das Regime heran. In einer zerstörten Lebenswelt, ohne funktionierende Strukturen und unter permanenter Bedrohung, erschien Loyalität als einziger verbleibender Handlungsrahmen. Die Bombardierungen stärkten paradoxerweise genau jene Herrschaft, die sie unterminieren sollten.

Ein vergleichbares Muster lässt sich auch in anderen Konflikten beobachten. In Israel etwa war die innenpolitische Lage vor dem 7. Oktober 2023 und danach von erheblichen Spannungen geprägt. Die Politik Benjamin Netanyahus, insbesondere im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen und der Ausweitung der Siedlerbewegung, hatte zu massiven Protesten linker Gruppen und der Friedensbewegung geführt. Gegen ihn selbst wurde wegen Korruption ermittelt, ein Amtsenthebungsverfahren stand im Raum. Militärische Operationen im Gazastreifen wurden kontrovers diskutiert. Doch unter dem Druck äußerer Angriffe verstummten auch hier viele kritischen Stimmen. Sicherheitsbedrohungen erzeugen einen Zustand, in dem gesellschaftliche Konflikte zurückgestellt werden – zugunsten eines kollektiven Überlebensinteresses.

Zivilisatorischer Ausnahmezustand und gesellschaftliche Reaktion

Wie dramatisch die Situation zuletzt hätte eskalieren können, zeigen die Angriffspläne, die unmittelbar vor dem Waffenstillstand öffentlich diskutiert wurden. Israel kündigte Angriffe auf Eisenbahnen an, Trump sprach von der Zerstörung von Brücken und Kraftwerken. Was sich wie militärische Zielplanung liest, wäre in der Realität die Herstellung eines zivilisatorischen Ausnahmezustands gewesen. Eine nach UN-Definition für Siedlungsgebiete mit mehr als 10 Millionen Ortsansässigen Megacity zu nennende Stadt wie Teheran in einem permanent erdbebengefährdeten Gebiet ohne Schutzräume, Warnsirenen, Strom, funktionierende Verkehrswege und Versorgungssysteme kollabiert: ebenso Krankenhäuser, Energie, Apotheken, Nachschub, Lebensmittelmärkte, Kühlung und Kommunikationsnetze. Brände sind nicht mehr löschar, verschüttete Straßen nicht freizuräumen, Tote und Verletzte nicht zu bergen. Dann wären Raub, Gewalt, Vergewaltigungen, Mord und Plünderungen nicht Randerscheinungen, sondern binnen kürzester Zeit strukturelle Folgen gewesen. Steigende Temperaturen erzeugen Seuchengefahr. Flüchtende, die ihr Vermögen angesichts der Inflation oft in Schmuck und Gold gespeichert haben, wären zu leichten Opfern geworden. Hochnervöse Sicherheitskräfte, bewaffnete Banden und Paramilitärs hätten jederzeit Willkür üben können. Binnen Stunden wären Zustände entstanden, die eher an vorstaatliche Gewaltordnungen

erinnern als an moderne Gesellschaften – und das ohne den Einsatz einer einzigen Massenvernichtungswaffe. Diese Aussicht auf massive soziale Verheerungen rief unvorhergesehene zivilgesellschaftliche Schutzaktionen hervor. Trotz offizieller Warnungen des Teheraner Präsidialamtes versammelten sich Menschen an Brücken und Kraftwerken, um sie mit ihren Körpern zu schützen. Diese Form kollektiver Selbstgefährdung verweist auf eine gesellschaftliche Mobilisierung. Vor allem das Volk kann sich nun als Sieger empfinden. Denn es lässt sich argumentieren, dass Bilder tausender getöteter Menschen aus der Zivilbevölkerung an zivilen Orten für die USA politisch schwer vermittelbar gewesen wären. Während Israel nach den Erfahrungen in Gaza eine andere Toleranzschwelle für „Kollateralschäden“ unter der Zivilbevölkerung entwickelt haben mag, wäre eine solche Eskalation für Washington vermutlich ein zu hohes Risiko gewesen. In diesem Sinne könnte die gesellschaftliche Reaktion im Iran selbst zur Deeskalation beigetragen haben.

Außenpolitische Folgen des Waffenstillstands

Außenpolitisch hat der Iran aus dieser Phase eine bemerkenswerte Verschiebung seiner Wahrnehmung erfahren. In vielen Teilen der islamischen Welt, aber auch bei westlichen Außenstehenden, wird das Land zunehmend als Akteur gesehen, der unter Druck standhält, ohne unkontrolliert zu eskalieren. Gleichzeitig traten die USA und Israel in der öffentlichen Kommunikation mit einer Rhetorik auf, die vielerorts als beleidigend, unwürdig, zunehmend aggressiv und emotional herabsetzend, gar menschenverachtend wahrgenommen wurde. Diese Konstellation hat dem Iran eine Form politischer Rehabilitation verschafft, die nach den inneren Unruhen kaum vorstellbar gewesen wäre. Seine Position innerhalb der BRICS-Staaten wurde sichtbar gestärkt.

Doch dieser außenpolitische Zugewinn überdeckt nicht die inneren Widersprüche. Menschenrechtsverletzungen oder eine oft als willkürlich empfundene Justiz, Korruption und rigide soziale Normen sind reale innere Probleme, die nicht durch Sympathie von außen verschwinden. Massendemonstrationen mit Parolen wie „Tod für Amerika, Tod für Israel“ liefern außenpolitischen kritischen Akteuren Argumente, der Iran strebe die Zerstörung anderer Länder an. Deshalb liegt in der aktuellen Situation eine historische Chance. Die Regierung verfügt über neue Legitimität durch Ausharren, die Gesellschaft hat neue Belastungsgrenzen erfahren und zugleich ihre Loyalität in einer existenziellen Situation gezeigt und kann sich als gleichberechtigter Sieger fühlen. Mit einer neuen Generation staatlicher Akteure könnten zudem alte Abhängigkeiten verschwinden, die in der Vergangenheit Entwicklungsprozesse erschwert haben.

Vertrauensverlust und Perspektivlosigkeit

Nach dem Schweigen der Waffen ist die iranische Gesellschaft zugleich staatsmüde und interventionsskeptisch. Viele Menschen hassen die staatliche Repression, ohne deshalb westlichen Angriffslogiken zu vertrauen. Das gilt umso mehr, als der Krieg während laufender Verhandlungen begonnen hat. Die Militäroperationen haben innenpolitisch eher eine strategische Niederlage des Westens erzeugt: nicht, weil die USA und Israel keine militärische Übermacht hätten oder nicht immer noch viele Menschen unzufrieden wären, sondern weil die Schläge den beabsichtigten Effekt umkehrten. Jene, die

zuvor mit der Opposition sympathisierten, rücken jedoch unter dem Eindruck ausländischer Bomben zusammen. Die Ernennung Mojtaba Chameneis, des Sohnes des bei den Angriffen ermordeten Staatsoberhauptes, wird vielfach als Zeichen von Kontinuität und Härte dargestellt. Mojtaba, der oft als weniger verständigungsbereit als sein Vater beschrieben wird und einen Teil seiner engsten Familie durch die Angriffe verloren hat, stellt sich als deren politischer Gegeneffekt dar. Er wäre unter normalen Umständen vermutlich nicht durchsetzbar gewesen, denn auch aus dem Klerus gab es zuvor große Vorbehalte gegen ihn, da der Iran der Islamischen Revolution keine Erbdynastien wollte, wie sie der verurteilte Schah praktiziert hatte und Mojtaba die religiöse Autorität seines Vaters noch nicht erreicht hatte.

Hinzu kommt: Ein Teil der iranischen Gesellschaft ist religiös so entfremdet wie nie zuvor. Viele Menschen im Iran sind keineswegs islamfeindlich, sondern – wie manche selbst sagen – „islam-traumatisiert“: weil Religion seit Jahrzehnten staatlich instrumentalisiert wurde, weil Moralgesetzgebung und Strafrecht in den intimsten Alltag eingreifen, weil der Ruf zum Morgengebet für manche längst nicht mehr nur Frömmigkeit ist, sondern die Assoziation staatlicher Gewalt trägt. *Azʔn*, das Gebet im Morgengrauen, wird jetzt als Zeitpunkt der Vollstreckung von Todesurteilen verstanden. In dieser Gesellschaft bekommen selbst Rituale neue Bedeutungen: Tanz bei Hochzeiten oder Beerdigungen wird zum stummen Protest, zur Form der Trauer, zur Behauptung des Lebens gegen die politische Sakralisierung des Todes. Das ist ein kultureller Tiefenwandel. Viele Moscheen sind heute leerer als während der Regierung Präsident Ruhanis (2013-2021) – vor den Sanktionen, als das Leben freier war und Reisen möglich und auch die Religion weniger instrumentalisiert wirkte als heute.

Ausgerechnet die Ermordung Ali Chameneis hat dieser erschöpften religiösen Ordnung einen neuen symbolischen Kern verliehen. Im Zwölfer-Schiismus gibt es kein weltweites Oberhaupt nach katholischem Muster. Aber *Rahbar*, der Oberste Führer des Iran, war mehr als ein Staatschef; sein gewaltsamer Tod durch einen äußeren Feind lässt sich im schiitischen Gedächtnis kaum anders lesen als im Schatten von Kerbela. Die Märtyrerfigur des Imam Hussein ist der emotionale Kern schiitischer Erinnerungspolitik. Was für säkulare Außenstehende wie das Ende einer Ära aussieht, kann für gläubige, loyale oder national mobilisierte Teile der Bevölkerung als sakralisierte Verwundung des Gemeinwesens erscheinen. Dies gibt dem neuen Führer, trotz verbreiteter Vorbehalte gegen eine dynastische Nachfolge, einen Mobilisierungsvorteil. Als stabilster innenpolitischer Faktor gelten aktuell indes die militärischen und wirtschaftlichen Sektoren der Wächter der Revolution und ihrer Garden. Sie garantieren die Aufrechterhaltung und Versorgung der Strukturen der Macht, organisieren die alltägliche Stabilität der Islamischen Republik und ermöglichen, nach dem Abtreten der Erlebnissgeneration der Revolution von 1979, den Übergang in eine Nachkriegszeit, die weniger theokratisch im traditionellen Sinn sein könnte als vielmehr einen militärisch-bürokratisch-theokratischen Hybriden darstellt, in dem die ideologische Grundlehre möglicherweise eine nachrangigere Bedeutung erhält wie der Kommunismus in der Volksrepublik China, der dem Kapitalismus breiten Raum freimachte.

Potenzial für die gesellschaftliche Entwicklung

Diese Konstellation eröffnet die Möglichkeit für eine im Verfassungsrahmen der Islamischen Republik verbleibende kontrollierte innere Transformation. Dabei geht es nicht um einen Systemwechsel, sondern um eine Weiterentwicklung innerhalb der bestehenden Ordnung. Nationale Versöhnung könnte in diesem Kontext mehr bedeuten als symbolische Gesten: Runde Tische, Wahrheitskommissionen, die Überprüfung und Rehabilitierung früherer Urteile, Reformen im Strafrecht und eine konsequente Bekämpfung von

Korruption wären konkrete Schritte, die Staat *und* Gesellschaft zugute kämen und ausländische Investitionen erst sinnvoll machten. Ebenso denkbar ist eine begrenzte kulturelle Liberalisierung, etwa im Umgang mit Kleidungs Vorschriften.

Ein solcher Prozess wäre kein Bruch mit der politischen Tradition des Landes. Der schiitische Islam kennt mit dem Konzept des *Idschtiḥād* eine Praxis der Neuinterpretation religiöser und politischer Normen. Denker wie Ali Shariati haben früh soziale Dimensionen einer möglichen Revolution betont, während Ayatollah Montazeri für eine stärkere Einbindung plebiszitärer Elemente plädierte und klerikale Macht kritisch reflektierte. Eine Reform innerhalb der bestehenden Ordnung hätte somit ideengeschichtliche Anknüpfungspunkte. Bemerkenswert ist, dass erste Anzeichen für eine Anpassung sichtbar sind. Iranische Staatsmedien zeigen zunehmend Frauen mit gelockertem Hejab oder gänzlich ohne – was vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre. Diese Bilder sind kein Beleg für eine umfassende Liberalisierung. Es sind momentan für die regierungsseitige Außendarstellung wichtige Bilder von Frauen, die als Interviewpartnerinnen oder Passantinnen staatliche Positionen vor der Kamera stützen, keine angestellten Moderatorinnen. Doch solche Bilder deuten darauf hin, dass staatliche Akteure die Notwendigkeit erkannt haben, sozialen Zusammenhalt neu zu organisieren – und die gesellschaftlichen Realitäten anerkennen. Im Teheraner Alltag sind Hejabs oder Tschadore längst nicht mehr so präsent wie vor 15 Jahren. Frauen wählen ihre Kleidung situativ. Nicht alle lehnen die Vorschriften ab; viele genießen die Optionen, sich mallässiger zu kleiden oder bei anderer Gelegenheit den Tschador zu tragen. Loyalität muss so nicht ausschließlich durch Normdurchsetzung erzeugt werden.

Wirtschaftliche Entwicklung im Licht von Reformfähigkeit

Die wirtschaftliche und soziale Dimension bleibt entscheidend für die Akzeptanz allen staatlichen Handelns. Kann der Staat nicht für einen menschenwürdigen Alltag sorgen, bleibt seine Legitimation gering. Eine Lockerung der Sanktionen würde jedoch dann nachhaltige Effekte für das Land entfalten, wenn sie auf eine Gesellschaft trifft, die Vertrauen in ihre Zukunft hat. Wirtschaftlicher Aufschwung erfordert nicht nur Kapital, sondern auch Motivation und die Bereitschaft zur Mitgestaltung. Ohne sie sind Innovation und Leistungsbereitschaft nicht möglich. Ein Staat, der seine Gesetze achtet, aber die Verbundenheit mit den Bürgern als konstruktive Währung versteht und der ihren Einsatz während dieses Krieges als Vertrauensbasis annimmt, kann selbstbewusst Flexibilität gestatten, ohne seine Ideale und Grundlagen zu verraten. Solche gesellschaftliche Flexibilität würde Dynamik zulassen. Gerade hier könnte zudem die Rückkehr von Menschen aus dem Exil eine zentrale Rolle spielen – seit Jahrzehnten leidet das Land unter der Auswanderung zuvor gut Ausgebildeter. Ihre Identifikation mit der Heimat bleibt auch nach Generationen hoch und nicht alle sind harte Gegner der Islamischen Republik. Sie haben im Ausland Kontakte und Vermögen erworben und wären vielfach bereit zur Rückkehr – vorausgesetzt, der Staat schafft glaubwürdige Rahmenbedingungen für die ökonomische und individuelle Entwicklung und neue Freiheiten. Das Verhältnis zum Ausland allerdings wird auch durch Massendemonstrationen beeinträchtigt, auf denen Vernichtungsfantasien geäußert werden. Sind diese ernst gemeint, oder handelt es sich vor allem um gruppendynamische Prozesse und möglichst drastische Losungen für die Massen? Wünschen die Demonstrierenden wirklich den Tod jedes Menschen in den USA oder Israel, oder geht es ihnen um etwas anderes? Fordern sie in schiitischer Entschiedenheit vor allem eine andere Politik und Respekt gegenüber ihrem eigenen Land? Dann könnten sie auf Demonstrationen aus ihrer Sicht zentrale Probleme des Irans mit diesen Ländern ansprechen, ohne mit Todesflüchen westliche Abwehrreaktionen zu erzeugen.

Welche Gesellschaft entsteht unter solchen Bedingungen?

Vier Szenarien zur Frage, welches Gesellschaftssystem sich unter solchen Bedingungen im Iran herausbilden könnte, sind momentan denkbar.

Das erste Szenario ist die *verhärtete Festung*: Das System bleibt bestehen, öffnet sich kaum, erklärt Oppositionelle zu Agenten der Angreifer und beschafft sich – wie viele Außenstehende erwarten – neue Überwachungstechnik, womöglich aus China. Der Verfall der Infrastruktur, die Abwanderung gut ausgebildeter Menschen und die fortgesetzte Einmischung äußerer Mächte würden einen Teufelskreis aus sozialer Instabilität, politischer Abhängigkeit, gesellschaftlichem Misstrauen und staatlicher Repression bilden. Es wäre das Szenario des langsamen Niedergangs.

Das Zweite wäre die *nationale Versöhnung*: Nicht Revolution oder Umsturz der Staatsform, sondern ein kontrollierter, aber realer innerer Umbau im Rahmen der Verfassungsordnung der Islamischen Republik und auf Basis der jüngsten gesellschaftlichen Solidaritätsbekundungen findet statt: Runde Tische, Wahrheitskommissionen, Rehabilitierungen, Reform des Strafrechts, Aufhebung ungerechter Urteile, Sichtbarmachung von Korruption und Machtmissbrauch – und zugleich eine begrenzte kulturelle Liberalisierung, etwa beim Hejab, beim Singen oder bei den Alltagsfreiheiten. Ein solches Modell wäre weder westliche Demokratiekopie noch bloße Systemkosmetik. Es wäre der Versuch, die politische Form zu erhalten, aber ihre soziale Grundlage neu zu legitimieren. Angehörige exiliranischer Gruppen und ihr Auslandsvermögen sähen ersten Anlass zurückzukehren. Dies ist das schwierigste, aber für die Stabilität vielleicht produktivste Szenario. Sie ist für die schiitische Staatskonzeption auch nicht ohne Vorbild: *Idschtiḥ?*

. Im weiteren Verlauf könnte nationale Versöhnung über soziale und politische Grenzen sowie zwischen den Geschlechtern möglich werden. Auch hierfür gibt es ein historisches Vorbild: Während des Irak-Iran-Krieges ersetzten Frauen vielfach die zur Armee einberufenen Männer und genossen eine Zunahme an beruflichen und edukativen Möglichkeiten gegenüber der vorrevolutionären Zeit. Jetzt gewonnene Freiheiten und gezeigte Solidarität könnten erhalten bleiben und die Gesellschaft innovativ beeinflussen. Das ist gewiss kein westlich erwartetes Demokratiewunder, aber ein Hinweis auf Anpassungsfähigkeit. Es wäre möglicherweise zudem ein Signal: Der Staat hat verstanden, dass Zusammenhalt heute anders produziert werden muss als noch vor zehn Jahren. Wenn Loyalität nicht mehr ideologisch erzwungen werden kann, wird sie ästhetisch und atmosphärisch organisiert.

Das dritte Szenario wäre die Transformation in eine *säkulare Republik* unter dem Eindruck militärischer Schwäche. Dieses sehr westliche Wunschmodell ignoriert die traditionellen kulturellen und religiösen Bedingungen. Dessen Realisierung wäre nur dann nicht katastrophal, wenn es ohne Demütigung, Rachelogik und Zerfall des Landes gelänge. Genau das erscheint derzeit am unwahrscheinlichsten. Zu tief sind die Lager verfeindet, zu präsent die Waffen, zu verführerisch ist die ethnische Karte, die insbesondere in Strategiedebatten von außen längst wieder aufgerufen wird. Die Gefahr einer Fragmentierung des Iran in kleine, gegeneinander ausgespielte Einheiten ist real und groß. Was in westlichen Planspielen nach „postrevolutionärer Neuordnung“ klingt, könnte sich als Weg in einen verheerenden Bürgerkrieg erweisen.

Für den Moment spricht manches auch für ein viertes *hybrides Modell*: Es findet sein Vorbild im unmittelbar postsowjetischen Russland. Einflussreiche Mitglieder der politischen Elite und jener der Sicherheitsapparate machen sich Zugänge zu im In- und Ausland lagernden finanziellen Mitteln und ökonomischen Einfluss zunutze und schaffen Firmenkonglomerate – eine Schicht sehr reicher Oligarchen entsteht. Ihr Wohlstand zieht größere exiliranische Auslandsvermögen an, die unideologisch und kritiklos investiert werden. Eine schmale gesellschaftliche Schicht profitiert enorm, die Mittelschicht bleibt unterentwickelt, die meisten Menschen gehören einer ökonomisch und politisch impotenten und quantitativ starken Unterschicht an. Im ersten Schritt bedeutet dies noch eine begrenzte kulturelle Lockerung bei gleichzeitiger politischer Härte. In diesem Kontext ließe sich sogar eine Rückkehr zur Monarchie vorstellen, die jedoch kaum eine Volksmonarchie, sondern eine solche des Kapitals sein würde und wohl innenpolitisch vergleichbar repressiv agierte wie das Schahsystem bis 1979 – oder das postsowjetische Russland. Zunächst würden daher die gesellschaftlichen Ungleichheiten massiv zunehmen. Mit allen politischen Unwägbarkeiten.

Die Rolle des Westens: Gestaltung oder Sabotage?

Der Westen wiederum wird sich fragen müssen, welchen Anteil er an Verhärtung oder Lockerung haben wird. Wer Verhandlungen führt und gleichzeitig militärische Optionen vorbereitet, zerstört nicht nur diplomatisches Vertrauen, sondern stärkt im Gegner jene Kräfte, die behaupten, dass allein Härte schützt. Die Schwächeperiode Irans nach der Konstitutionellen Revolution 1905 wurde seitens Russland und England ausgenutzt, um das Land in Einflusszonen aufzuteilen, ohne die Bevölkerung zu konsultieren. Es muss auch daran erinnert werden, dass selbst die US-Geheimdienstgemeinschaft 2025 weiter davon ausging, der Iran baue keine Atombombe. Zudem ist auf die ab 2003 entwickelte Fatwa zu verweisen, die Chamenei 2010 bekräftigte und in der er die Atombombe als „unislamisch“ ablehnte. Im Westen, dessen politisch Handelnde teils innerhalb eines langen Satzes gleich mehrfach lügen, ist die Bindekraft einer Fatwa vielleicht unvorstellbar. Gerade deshalb wirkt der Angriff während laufender Gespräche auf viele Menschen im Iran und darüber hinaus wie die Bestätigung ihrer tiefsten politischen Angst: dass mit dem Westen

geredet werden kann, ohne dass er zuhört, dass man Zusagen erhält, ohne auf deren Einhaltung hoffen zu dürfen. Der Iran wird seine Zukunft selbst gestalten müssen – aber lässt der Westen dies zu? Behindert oder unterläuft er offen oder verdeckt sogar dessen Reformbemühungen?

Die iranische Nachkriegsgesellschaft wird nicht einfach offener oder geschlossener sein. Sie wird widersprüchlicher sein: vermutlich weniger gläubig im traditionellen Sinn, aber empfänglicher für Märtyrersymbolik, extremer in der Sprache, skeptischer gegenüber Ideologien, verletzter im sozialen Vertrauen, zugleich pragmatischer in den täglichen Bedürfnissen. Arbeit, Sicherheit, Nahrung, die Zukunft der Kinder – diese Grundfragen werden jede große Erzählung besiegen.

Vielleicht ist das die nüchternste Prognose: Die Entwicklung der Islamischen Revolution, wie vielfach ausgerufen, kommt nicht als sauberer Bruch an einen Endpunkt. Sie schreitet fort als langsame Erosion oder vielleicht Transformation, begleitet von Gegenmobilisierungen, kultureller Verflüssigung, möglicherweise politischer Brutalität, vielleicht einer neuen staatlichen Elastizität. Der Iran nach dem Krieg wird vermutlich kein freies Land nach westlichen Vorstellungen sein. Zerstörungen und Wiederaufbau sowie Sicherheitstechnik erzwingen neue Abhängigkeit von alten Partnern wie China oder Russland. Aber er könnte ein anderes Land werden. Ob es stärker, milder und souveräner wird – oder nur härter, misstrauischer und noch abhängiger von Gewalt –, entscheidet sich nicht nur in Washington, Jerusalem oder Berlin, sondern vor allem in der Fähigkeit seiner eigenen Gesellschaft, aus Erschöpfung Politik zu machen. Und darin, Kritik und Widerstand als Beitrag zum Diskurs aufzugreifen, nicht als Versündigung gegen Gott, die mit harten Strafen bedroht wird.

Ein Punkt erscheint dabei bitter: Von außen lässt sich dieser Prozess nicht erzwingen, aber leicht ruinieren. Der Iran findet im Westen keine Gesprächspartner mehr. Wenn Deutschland und Europa in dieser Lage überhaupt eine Rolle haben, dann nicht als moralische Lautsprecher oder einseitige Befürworter militärischer Eskalation, sondern als potenzielle Begleiter von inneriranischen Befriedungsprozessen. Die Voraussetzung ist, dass sie mit allen Seiten sprechen. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, wissenschaftliche Exzellenz, kulturelles Interesse, Gesprächsfähigkeit waren einmal die Stützen des deutschen Ansehens im Iran. Stets gab es Kommunikationskanäle zu politischen und Strukturen des Sicherheitsapparats in Teheran, die auch bei Entführungen oder drohenden Anschlägen genutzt werden konnten. Im Augenblick ist davon wenig übrig. Deutschland erweist sich nicht mehr als kritischer, aber verlässlicher Partner, sondern hat sich ohne offenkundige Not auf die Seite der Aggressoren gestellt. Es ist nicht bekannt, dass Israel oder die USA deutscherseits die Übernahme von deren Rhetorik gewünscht oder nötig hätte. Servilität ist das Merkmal gegenwärtiger deutscher Außenpolitik statt früherer „Scheckbuchdiplomatie“. Gestaltungswille scheint unterentwickelt – trotz tragfähiger historischer Verbindungen. Dies ist ein neues Phänomen der deutschen Außenpolitik und zeigte sich schon im Umgang mit Russland. Dabei wäre gerade Deutschland aufgrund seiner Erfahrungen der innerdeutschen Aufarbeitung von DDR-Unrecht und osteuropäischen Aussöhnung sowie des hohen Ansehens im Iran besser geeignet für Dialoge als manches andere Land.

Ein Zipfel des Mantels der Geschichte

Der Iran steht gegenwärtig vor einer seltenen historischen Konstellation. Die Urheberchaft des Krieges ist vielen Analysen zufolge eindeutig, ebenso wie die Erfahrung jahrelanger externer Zuschreibungen und

politischer Narrative. Daraus erwächst eine neue Möglichkeit, die eigene Position nach innen und nach außen zu definieren. Entscheidend wird sein, ob diese Gelegenheit genutzt wird, um nicht nur geopolitisch, sondern auch gesellschaftlich neue Handlungsoptionen zu gewinnen. So wie im Wendeherbst die beiden deutschen Gesellschaften schnell zusammenfanden, nach jahrzehntelanger Teilung und ideologischer Frontstellung, könnten Menschen im und aus dem Iran außenpolitische Chancen und innenpolitische Freiräume nutzen, um mit ihren erheblichen finanziellen Möglichkeiten und unbelasteten Auslandskontakten ihr Land zu einer bestimmenden Kraft im Verbund der BRICS zu entwickeln. Auch wenn historische und geografische sowie politische Vergleiche immer hinken: Die DDR war 1989 ideologisch und wirtschaftlich ausgezehrt, während die BRD, die am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten hatte, reich war. Im Iran käme bei einer Öffnung den teils sehr wohlhabenden iranischen Auslandspopulationen vielleicht eine vergleichbare Rolle zu. Das Beispiel Deutschland zeigt aber auch, dass gesellschaftliche Spaltung lange anhalten kann, zumal das politische System des Iran grundlegende Transformationen zunächst legislativ vorbereiten oder absichern muss. Aber selten lagen Risiko und Chance für die iranische Gesellschaft so nah beieinander. Die temporäre Aussetzung gesellschaftlicher Kritik angesichts äußerer Bedrohung hat zu neuer Solidarität geführt, die hoffentlich beständig ist und seitens der politisch Handelnden als Chance begriffen wird. Gerade darin könnte die produktivste Kraft dieses Moments liegen.

Prof. Dr. Dr. Stefan Piasecki ist Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Hochschule für öffentliche Verwaltung (HSPV) NRW. Seine Forschungsschwerpunkte sind (Inter-)Kulturen des Populären und Medienpädagogik und -geschichte, Gesellschaftliche Wandlungsprozesse, Extremismus und Sicherheitspolitik sowie Formen praktischer Religiosität.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-254/publikation/irans-seltene-chance-zur-inneren-neuvermessung-massenelend-radikalisierung-buergerkrieg-oder-stabilitaet-und-wohlstand-welche-perspektiven-wird-die-iranische-nachkriegsgesellschaft-haben/>

Abgerufen am: 29.09.2026